

UmweltPartnerschaft Hamburg –
Vereinbarung vom 7. März 2003 zwischen dem
Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und der
Hamburger Wirtschaft zur Förderung des
nachhaltigen Wirtschaftens

– Auszug

Quelle im Internet:

<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/umwelt-gesundheit/betriebe/umweltpartnerschaft/vereinbarung/start.html>

Abruf: 08. August 2004, Stand: 2003.

III. 1. Klimaschutz

Der Klimawandel ist die derzeit größte umweltpolitische Herausforderung. Die Staatengemeinschaft hat darauf mit der Klimarahmenkonvention von 1992 und dem Klimaprotokoll von Kyoto 1997 reagiert. Dieses sieht die langfristige Verminderung der weltweiten CO₂-Emissionen um 50 %, der Emissionen der Industrieländer bis zur Mitte des Jahrhunderts um 80 % und mittelfristige Regelungen für Staaten und Staatengruppen bis 2008 – 2012 vor, die für die Bundesrepublik Deutschland eine Reduzierung der sechs Klimagasen um 21 % bedeuten. Hinzu kommt das nationale Reduktionsziel für CO₂ von 25 % bis 2005 (Basis 1990).

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Selbstverpflichtung von 1995 in der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge“ vom 16.10.2000 zur weiteren Reduzierung der Emission von Klimagasen verpflichtet.

Die Situation in Hamburg

1990 lagen die direkten CO₂-Emissionen in Hamburg bei etwas über 13 Mio. t pro Jahr. Davon verursachte das Verarbeitende Gewerbe ca. 6 % und die Mineralölverarbeitung 11 %. Im Jahr 2000 waren die Gesamtemissionen auf ca. 15 Mio. t angestiegen, insgesamt ein Anstieg um 14 %. Damit stellt sich die Situation in Hamburg anders dar als auf Bundesebene. Während auf Bundesebene die Emissionen insgesamt zurückgegangen sind, sind sie in Hamburg wie auch in anderen westlichen Bundesländern angestiegen.

Während die Luftschadstoffemissionen in Hamburg in der gesamten Industrie, im Kraftwerksbereich und bei den Müllverbrennungsanlagen in der Vergangenheit sehr stark reduziert wurden, haben die CO₂-Emissionen im Verarbeitenden Gewerbe, bei Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen zugenommen. Ihre Steigerungsraten liegen über der Steigerungsraten der Kohlendioxidemissionen insgesamt.

Zur Dämpfung des Anstieges der Gesamtemissionen trägt in Hamburg der Bereich Haushalte und Kleinverbraucher bei, der seit 1990 nahezu stabil geblieben ist. Berücksichtigt man das gewerbliche Wachstum sowie das Wachstum von Wohnungen und Wohnfläche, so ist es gelungen, die Energieeffizienz in diesem Bereich deutlich zu steigern. Entgegen dem Bundestrend seit 1990 trägt in Hamburg auch der Verkehrsbereich mit nur geringen Zuwachsraten zur Dämpfung des Anstieges der Gesamtemissionen bei.

Zielsetzung

Die Darstellung der Entwicklung seit 1990 zeigt, dass es kaum möglich ist, in Hamburg das gesamtdeutsche Minderungsziel von 25 % bis 2005 zu erreichen. Dennoch sind sich der Senat und die Hamburger Wirtschaft darin einig, dass erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um einen angemessenen Beitrag Hamburgs zum Klimaschutz sicherzustellen. Mögliche Strategien hierfür sind Energieeinsparung, rationelle Bereitstellung von Energien und die Förderung regenerativer Energien einschließlich der dafür erforderlichen Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung.

Besonders bedeutend ist für den industriellen Bereich die Erschließung weiterer Potenziale in den Bereichen Kraft-Wärme-Kopplung, Prozesswärme-Rückgewinnung, Wärmedämmung und Druckluffeffizienz. Die Hamburger Industrie verfügt gegenwärtig über einen Bestand von 9 Anlagen der energiesparenden Kraft-Wärme-Kopplung. Die installierte Leistung beträgt

120 MW/El mit einer jährlichen Stromproduktion von etwa 540 GWh (Geschätzte Benutzungsstunden 4.500 h/a). Es wird angestrebt, die Erzeugungsleistung bis 2007 auf 240 MW zu erhöhen.

1. Klimaschutzprojekte der Hamburger Industrie

Initiierung von Projekten

Der Senat und die Hamburger Wirtschaft werden Klimaschutzprojekte in Hamburger Industrieunternehmen initiieren. Der INDUSTRIEVERBAND HAMBURG und die Behörde für Umwelt und Gesundheit bereiten die Projektarbeit mit einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vor. Diese hat auch die Aufgabe, die Hamburger Industrieunternehmen über Notwendigkeit und Möglichkeiten von Ressourcen- und Klimaschutz zu informieren.

Zielbildung

Es werden unternehmensbezogene Zielgrößen für die Minderung von CO₂ entwickelt. Die Unternehmen benennen jeweils die Minderung des CO₂-Ausstoßes.

Projektentwicklung und Umsetzung

Die Entwicklung der Projekte und deren Umsetzung erfolgt im Rahmen des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz“.

Monitoring

Bestandteil der Projekte ist die Aufstellung der CO₂-Inventare vor und nach Durchführung der Maßnahme. Die Inventare sind Teil des Monitoring, das die Zielerreichung nach Umsetzung der Projekte unternehmensbezogen überprüft. Die tatsächlich erreichten CO₂-Minderungen werden im Rahmen des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz“ zusammengestellt.

2. Regenerative Energien

Der Senat und die Hamburger Wirtschaft stimmen grundsätzlich überein, den Anteil erneuerbarer Energien an der Energienutzung in Hamburg weiter zu erhöhen. Es geht darum, die Entwicklung der Techniken und deren Verbesserung anzustoßen, ihre Einsatzfähigkeit zu demonstrieren und die Markteinführung zu fairen marktkonformen Bedingungen zu unterstützen. Ein besonderer Schwerpunkt wird bei der Förderung von Technologien gesetzt, die an der Schwelle zur Marktreife stehen. *Projekte werden in Zusammenarbeit zwischen Senat und Wirtschaft entwickelt und umgesetzt. Vorrangig wird angestrebt, im Rahmen der Initiative „Arbeit und Klimaschutz“ (siehe Textziffer 5.) die Aktivitäten zur Marktausweitung regenerativer Energien im gewerblichen Bereich zu verstärken.*

3. Neue Umwandlungstechnologien

Der Senat und die Hamburger Wirtschaft stimmen überein, dass regenerativ hergestellter Wasserstoff als sekundärer Energieträger eine bedeutsame Option ist, langfristig auf die Endlichkeit fossiler Energien zu reagieren. Voraussetzung ist jedoch, dass regenerative Energien in größerem Umfang verfügbar sind.

Einen Beitrag zum Klimaschutz kann regenerativer Wasserstoff mittelfristig auch nur dann leisten, wenn er in Brennstoffzellen eingesetzt wird. Zur Unterstützung dieser Technik fördert die Behörde für Umwelt und Gesundheit Hamburger Unternehmen einzelfallbezogen bei der Weiterentwicklung von Brennstoffzellen.

Hamburg besitzt zurzeit Standortvorteile im Hinblick auf den langfristigen Aufbau einer solaren Wasserstoffwirtschaft. Diese gilt es zu erhalten und auszubauen. *Die Behörde für Umwelt und Gesundheit begleitet die Aktivitäten zur Wasserstofftechnologie am Standort Hamburg. Sie führt dazu den Dialog mit den Akteuren weiter.*

4. Umweltverträgliche Mobilität

Senat und Wirtschaft sind sich über die herausragende Bedeutung des Verkehrssektors für die Entwicklung Hamburgs einig. Diese bedarf jedoch der ökologischen Flankierung, da der Verkehr zur Entstehung von Lärm, Luftschadstoffen und insbesondere Klimagasen in Hamburg beiträgt. Aus diesen Gründen gilt es, die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrssysteme optimal zu nutzen und Transportketten unter Klimaschutzgesichtspunkten zu optimieren. Dies gilt auch für Logistiksysteme und Fuhrparke. *Der Senat und die Hamburger Wirtschaft vereinbaren einen Dialog zu Klimaschutz und Mobilität.*

5. Initiative Arbeit und Klimaschutz – Energieeffizienz im Gebäudebereich

Unter der Bezeichnung „Initiative Arbeit und Klimaschutz“ haben sich auf Einladung des Senats etwa 60 Organisationen des Handwerks, der Bau- und Wohnungswirtschaft, Hauseigentümer und Mieter, Architekten, Wissenschaftler und Behörden zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel ist die verbesserte Energieeffizienz im Gebäudesektor durch die energetische Modernisierung des Hamburger Gebäudebestands, die verstärkte Nutzung der thermischen Solarenergie, die Etablierung des nachhaltigen Bauens und der Passivhaus-Bauweise.

Etwa ein Drittel der Hamburger CO₂-Emissionen sind der Gebäudeheizung zuzurechnen. Besonders die energetische Modernisierung des Gebäudebestands bietet große Potentiale zur Einsparung von Energie, Heizkosten und CO₂. Neben der Reduzierung des Gebäudeenergiebedarfs durch Wärmeschutz ist die verstärkte Nutzung regenerativer Energiequellen unverzichtbar für eine nachhaltige Energieversorgungsstruktur.

Der Ersatz von Energieverbrauch durch menschliche Arbeit und innovative Technik soll ein Schlüssel zu neuer Beschäftigung sein. Durch verstärkte Investitionen in die Energieeinsparung sollen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden.

- *Die Behörde für Umwelt und Gesundheit wird im Rahmen der „Initiative Arbeit und Klimaschutz“ umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um Hauseigentümer, Bau- und Wohnungswirtschaft sowie das ausführende Handwerk zur Umsetzung energiesparender Maßnahmen zu motivieren.*
- *Das Handwerk wird durch Initialberatung und Information von Hauseigentümern dazu beitragen, zusätzliche Investitionen in die Energieeinsparung zu lenken.*
- *Die individuelle fachliche Beratung der Investoren bei der energetischen Sanierung, der Nutzung von Solarenergie und bei energieeffizienten Neubauvorhaben wird durch die Behörde für Umwelt und Gesundheit weiter gefördert. Dies gilt auch für die projektbegleitende Qualitätsberatung.*
- *Die Behörde für Umwelt und Gesundheit wird mit dem Klimaschutzprogramm „Wärmeschutz im Gebäudebestand“ finanzielle Anreize zur Investition in die energetische Modernisierung von Wohngebäuden und gewerblichen Gebäuden schaffen.*
- *Die Installation thermischer Solaranlagen mit moderner Heiztechnik wird die Behörde für Umwelt und Gesundheit finanziell durch das Klimaschutzprogramm „Heizung + Solar“ unterstützen.*
- *Im Rahmen des Impulsprogramms wird die Behörde für Umwelt und Gesundheit Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema energieeffizientes Bauen für das ausführende Handwerk in Kooperation mit den Bildungseinrichtungen des Handwerks anbieten und unterstützen.*
- *Die Behörde für Umwelt und Gesundheit wird im Rahmen der Initiative Arbeit und Klimaschutz Modellprojekte für energiesparendes und nachhaltiges Bauen insbesondere im gewerblichen Bereich unterstützen.*
- *Bei der Gestaltung und Abwicklung der Förderprogramme hat sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft bewährt. Sie soll daher fortgeführt werden.*